

Perspektiven

radikaler, emanzipatorischer Umweltschutzarbeit

3. Auflage, Dez. 1998

Nr. 2:

Radikal leben

**Zusammengestellt von
Jörg Bergstedt**

Materialien zur Perspektivendiskussion:

- Papier Nr. 1: Strategien für Umweltgruppen, 2 DM
- Papier Nr. 2: Radikal leben (Entwürfe für alternative Lebensprojekte), 2 DM
- Papier Nr. 3: Ökonomie von unten (Alternativen zum Kapitalismus), 2 DM
- Ö-Punkte: Vierteljährlicher Infodienst für UmweltschützerInnen
(mit Themenbereich "Perspektiven"), 5 DM einzeln bzw. 20 DM/Jahresabo
- Perspektivenrundbrief (einschließlich "Ö-Punkte" – Abo), 40 DM/Jahr

Perspektiven

radikaler, emanzipatorischer Umweltschutzarbeit

Zusammengestellt von Jörg Bergstedt
Institut für Ökologie, Fachbereich "Wirtschaft und Politik"
Post: Ludwigstr. 11, 35447 Reiskirchen – Saasen, Tel. 06401/90328 – 3, Fax – 5
projektwerkstatt_sa@apg.wwbnet.de

Die Idee

Politische Bewegungen insgesamt sowie die Umweltbewegung im speziellen (und besonders ausgeprägt) handeln zu großen Teilen nicht mehr nach eigenen Zielen und Positionen, sondern danach, wo sich imageträchtige Erfolge erzielen lassen, wo Geldquellen und Kontaktebenen bestehen und wo statt Widerstand und klaren Forderungen die Teilhabe an den Tischen der Mächtigen in Aussicht steht. Die Entwicklung der letzten Jahre, weg von der Konfrontation hin zu unverbindlichen Kooperationsschienen (Lobbyarbeit, Agenda usw.), steht in krassem Mißverhältnis zur aktuellen Politik der globalisierten Ausbeutung und Zerstörung, der Deregulierung und der Priorität von Wirtschaftsinteressen vor denen der Menschen und der Umwelt.

Die aktuellen Konzepte des Umweltschutzes sind keinerlei adäquate Antwort auf die Entfesselung eines globalen Kapitalismus, sondern eher die bedingungslose Kapitulation und das Sich-Zufriedengeben mit Aktivitäten, die eher der Beschäftigung als konkreter politischer Veränderung dienen.

Unter dem Titel "Perspektiven radikaler Umweltschutzarbeit" soll dem Trend zu inhaltsleerer Lobbyarbeit oder kurzfristigen Aktionen etwas entgegengesetzt werden. Es ist an der Zeit, wieder klare Ziele zu formulieren, Forderungen abzuleiten und die Aktionsfähigkeit in der Gesellschaft (und nicht an den Tischen der Mächtigen) zurückzugewinnen.

Umweltschutz ist nicht alles!

Die Diskussion nur über den Themenbereich "Umwelt" zu führen, ist schon ein Fehler. Unterdrückung und Ausbeutung von Menschen haben gleiche Ursachen wie der rabiate Umgang mit der Natur. Beides entsteht dort, wo Ellbogenmentalität, Machtstrukturen und Unterdrückungsmittel es möglich machen, daß sie einige auf Kosten anderer (oder eben der Umwelt) bereichern können. Dabei ändert der Austausch von Personen ebensowenig wie der Versuch, in Details irgendwelche Grenzen ziehen zu wollen. Ziel aller Gruppen, die die bestehenden gesellschaftlichen Bedingungen zugunsten eines gleichberechtigten, gerechten und ökologischen Zusammenlebens ändern wollen, müßte die Änderung der zentralen Strukturen sein. Umweltschutz ist ebensowenig separat zu lösen wie andere soziale Fragen. Doch genau diesen Fehler machen vielen UmweltschützerInnen – sie rufen nach dem (starken) Staat und fordern von ihm die Durchsetzung umweltpolitischer Ziele. Das Ergebnis: Statt einer Stärkung der Mit- oder gar Selbstbestimmungsrechte der Menschen dominieren Verordnungen, Verbotsschilder und Strafen. Statt emanzipatorischer Umweltschutzstrategien wählen die meisten UmweltschützerInnen den Weg "von oben".

Debatten sind nötig, kritische, auf Veränderung drängende. Umweltschutz muß radikaler, direkter und bündnisorientierter sein. Grundlage von Vernetzung und Zusammenarbeit darf dabei allerdings nicht weiter der "kleinste gemeinsame Nenner (Null)" sein, sondern im Gegenteil das weitreichende Ziel einer anderen, herrschaftsfreien Gesellschaft.

Prozeß statt Dogma

Das hier vorliegende Papier ist kein Abschluß. Den meisten UmweltschützerInnen sind seit langem klare Ziele und Positionen verlorengegangen. Anpassung, Orientierungslosigkeit bis zum Abdriften in staatsnahe, ökofaschistische oder esoterische Richtungen sind die Folge. "Perspektiven radikaler Umweltschutzarbeit" soll ein Prozeß sein, an dem hoffentlich viele mitstricken. Um die Übersichtlichkeit und Konkretheit der Perspektiven zu verbessern, gibt es verschiedene Themenstränge. Ihnen gemeinsam ist, daß im Mittelpunkt neben dem direkten Austausch, der Diskussion von Beispielen und der Situationsanalyse und –kritik jeweils ein Perspektivenpapier steht, an dem ständig gearbeitet wird. Dieses Papier hier ist also zu einem der Themen und stellt den Stand der Diskussion zu einem bestimmten Zeitpunkt dar. Es dient dazu, sich an den Formulierungen zu reiben, zu kritisieren, zu ergänzen und weiterzutreiben. Varianten können beschrieben werden, wo verschiedene Wege denkbar sind.

Insofern ist dieser Vorspann eine Einladung ... das folgende Papier nicht nur zu lesen, sondern auch zu kritisieren und weitere Vorschläge zu machen. Und es ist eine Einladung, sich überhaupt am Prozeß zu beteiligen – der läuft schriftlich und direkt, d.h. es gibt in losem Abstand Diskussionstreffen und Seminare zum Thema.

Radikal Leben

Alternative Lebensprojekte als Modelle und Aktionsplattformen für eine herrschaftsfreie Gesellschaft

Dieses ist kein abgeschlossenes Konzept, kein "Rezept" für politische Kommunen, Ökodörfer oder andere Gemeinschaften. So etwas kann es nicht geben. Immer sind die Rahmenbedingungen, örtlichen Gegebenheiten, die Menschen im Projekt, ihre Ideen und Möglichkeiten unterschiedlich. Aber dennoch ist es nötig, sich mit der Theorie von Gemeinschaften auseinanderzusetzen. Die "real-existierenden" Kommunen, Ökodörfer usw. sind nämlich alles andere als politisch wirkende Projekte oder Modelle für eine andere Gesellschaft. Eher sind sie, unter Führung meist kleiner, managementgeschulter Kerngruppen, Modelle dafür, wie sich in dieser Gesellschaft am meisten Zuschüsse rausholen lassen, am schnellsten Genehmigungen zu bekommen sind usw. Dafür schmücken sie sich mit Kontakten zu den Mächtigen in Politik und Wirtschaft. Oder sie sind Orte religiöser bzw. esoterischer Heilslehren ohne politische Ausrichtung für eine herrschaftsfreie Gesellschaft.

Kommunen, Ökodörfer und andere Gemeinschaften schwächen die politische Bewegung, in dem sie

1. Menschen mit kritischem Bewußtsein auffangen und integrieren. Die "Nestwärme" verringert die Wut auf die Verhältnisse und damit einen wichtigen Ansporn, um Veränderungen zu kämpfen.
2. sich als pseudo-kritische Einrichtungen auf die Seite der Mächtigen stellen und für diese zum Feigenblatt werden. Etlche sog. alternative Projekte sind heute für Parteien aktiv, lassen sich in Agendaprozesse einbinden, sind Modellprojekte, werben um Politgrößen bei Empfängen, als SchirmherrInnen bei Veranstaltungen oder lassen sich von Großkonzernen sponsorn, wirken bei der Industrieschau Expo 2000 mit usw.

Es gibt Ausnahmen, aber nur ganz wenige. Insgesamt sind alternative Lebensprojekte zu UnterstützerInnen der Herrschaftsstrukturen geworden. Daher lohnt es sich, ja es ist geradezu notwendig, neue Entwürfe zu wagen, damit Projekte wieder zu Plattformen für den politischen Kampf um eine andere Gesellschaft und zu einem Modell werden, daß Leben auch ohne Anbiederung und Kommerz möglich ist.

Der folgende Text ist kein abgeschlossenes Werk. Vorschläge zur Erweiterung oder Veränderung sind nicht nur möglich, sondern erwünscht. Sie werden in spätere Auflagen einfließen.

Erst das Ziel, dann die Umsetzung!

Der Weg ist nicht das Ziel. Kein Weg ohne Ziel. Das "learning by doing" hat bei politischen Entwürfen Grenzen. Immer wieder werden Kompromisse geschlossen, dem kurzfristigen Erfolg die langfristigen Ziele geopfert. Was am Ende rauskommt, hat nur noch teilweise Ähnlichkeit mit dem, was ursprünglich geplant, aber nie klar entworfen war.

Politische Ziele entstehen aus Idealen und Grundpositionen. Ein Projekt, das der bestehenden Gesellschaft wirksam und dauerhaft widerstehen und ihr eine tragfähige Alternative entgegensetzen will, muß auf klaren Grundpositionen aufbauen. Daher ist wichtig, vor dem Start eines neuen Projektes einen Entwurf zu machen. Dieser darf nicht nur aus den bestehenden Versuchen, Projekten und Erfahrungen entwickelt werden, sondern muß von den Idealen und Grundpositionen ausgehen. Bei der Konkretisierung ist es dann sinnvoll, Erfahrungen einfließen zu lassen.

Dieser Ansatz widerspricht dem Weg, aus der Betrachtung des Bestehenden den neuen Entwurf ableiten zu wollen, also "nur" das zu optimieren, was es schon gibt. Ein wesentlicher Mangel (fast?) aller bestehenden Projekte ist ja gerade, daß sie kein klares Ziel und keine klaren Positionen haben, sondern sich durchwursteln auf dem Weg nach irgendwo (so genau weiß das nach kurzer Zeit keineR mehr). Andererseits: Utopien und Positionen sind zu schade für Aktenordner und Theoriekreise. Sie drängen nach Verwirklichung, müssen an der Realität gemessen und gerieben werden, wollen Realität verändern. Insofern ist diese Schrift auch ein Plädoyer an bestehende und neue Lebensprojekte die politischen Ziele und die Frage zu klären, ob das eigene Ziel ein egoistisches ist (maximale Vorteile auch unter Anbiederung an das bestehende System) und/oder ein politisches (Arbeit an einer Veränderung der Gesellschaft). Was nötig ist, ist nicht ständig wachsendes Know-How darüber, wo und wie noch ein paar (meist zweifelhafte) Geldquellen bei Staat und Wirtschaft anzuzapfen oder wie die eigene Kommerzialität noch verbessert werden kann, sondern das Ringen um Modelle für ein herrschaftsfreies Leben, d.h. Gleichberechtigung, Selbstbestimmung aller Menschen, keine Unterdrückung und Ausbeutung von Mensch und Natur.

Die folgenden Vorschläge sollen skizzieren, welche Wege und Möglichkeiten sich bieten, um als Kommune, Ökodorf u.ä. gesellschaftsverändernd zu wirken. Sie sind in zwei Teile gegliedert. Zunächst sollen die politischen Positionen geklärt werden, also das, was zur Grundlage des Lebens im Projekt und als Ziel für die politische Arbeit besteht. Solche Positionen sind nicht Theoriearbeit als Selbstzweck, sie gehören nicht nur in die linken Debattierunden beim Glase Wein oder zum Verstauben in die Aktenordner. Politische Arbeit und alternative Projekte sollten Experimentierfelder sein, diese Positionen auch zu verwirklichen.

Teil I: Politische Positionen

Herrschaftsfreiheit

Der Traum ist eine Welt, in der folgende Grundpositionen verwirklicht sind:

- Gleichberechtigung,
- Gerechtigkeit,
- Freiheit und Menschenrechte und
- Schutz der Umwelt.

Die Grundpositionen sind pauschal, aber eindeutig. Sie umfassen die Grundsäulen der Herrschaftsfreiheit. Ihre Differenzierung führt zu konkreten Positionen. "Radikal leben" bedeutet danach, diese Grundpositionen ganz bzw. maximal zu erreichen. Die Hoffnung ist, daß ein gleichberechtigtes, menschenwürdiges und zerstörungsfreies Leben auch das beste Leben (subjektiv empfunden) ist, da es am meisten Freiräume, Zeit für kreatives Leben usw. bietet.

Gleichberechtigung im Projekt

Alle Menschen sind gleichberechtigt. Gleichberechtigung ist etwas anderes als Gleichheit, sondern es bedeutet, daß alle Menschen die gleichen Chancen und Möglichkeiten haben und zwar möglichst umfangreich. Die Freiräume insgesamt zu vergrößern, ist ebenso Ziel des Projektes wie sie den Einzelnen gleichberechtigt zur Verfügung zu stellen. Gleichberechtigung heißt, allen Menschen möglichst gute Entwicklungsmöglichkeiten für ihre eigenen Ideen und Lebensformen zu bieten. Sie bedeutet nicht, daß alle Menschen gleich werden, sondern daß ihnen das gleiche Recht zusteht, sich zu verwirklichen.

Die Unterdrückung von Menschen ist ein grundsätzliches Prinzip. Herrschaft ist nicht die Summe von Rassismus, Sexismus und anderen Unterdrückungsformen, sondern ein grundlegendes Prinzip als solches, dessen spezifische Ausformungen mit Begriffen wie Sexismus oder Rassismus beschrieben werden. Ziel eines "Radikal-leben"-Projektes muß der Abbau von Herrschaft und Unterdrückung insgesamt sein. Sie dürfen nicht durch "Verregelungen" ersetzt, sondern müssen grundlegend abgeschafft werden. Jeder Schritt, d.h. jeder Teilabbau von Hierarchie, ist dabei ein Zwischen"erfolg".

Ziel: Abbau formaler Hierarchien

Wege: Alle formalen Herrschaftsstrukturen sind durch entsprechende formale Akte und per se abgeschafft. Vorstände, Dienstvorgesetztenverhältnisse, Eltern, LehrerInnen, Vormundschaften oder andere verschwinden bzw. begründen keine formale Machtposition im Projekt.

Keine Gültigkeit haben:

- Alle Ausgrenzungen formaler Art (Ausgrenzungen durch das Recht des umgebenden Nationalstaates gelten als abgeschafft).
- Alle formalen Hierarchien, Vorgesetztenverhältnisse, Entscheidungsrechte aufgrund von Besitz, Vormundschaft u.a.

Sinnvoll sind dagegen:

- Wo formale Absicherungen nötig sind (z.B. bei Grundbesitz), werden durch gleichberechtigte Regelformen (z.B. Verträge der Beteiligten untereinander) die Rahmenbedingungen so abgesichert, daß alle gleiche Rechte haben.
- Alle formalen Regelungen müssen transparent sein.

Wo Unterschiede zwischen Personen durch das nationale Recht geregelt sind, gelten sie innerhalb des Projektes nicht. Alle Gesetze des jeweiligen Landes, die Ungleichheiten zwischen Menschen schaffen, gelten im Projekt als nicht existent.

Ziel: Abbau informeller Hierarchien

Wege: Alle Schranken, die Ungleichheiten zwischen Menschen schaffen, ohne daß diese von diesen auch gemeinsam gewollt werden, sind aktiv abzuschaffen. Das Ringen um diesen Abbau informeller Hierarchien ist Teil des Projektes.

Positiv wirken:

- Entwicklung von Gesprächsprozessen, die alle gleichberechtigt einbinden (Konsens, Schritte zur Entscheidungsfindung, Diskussionsverhalten usw.).
- Rotationsprinzip dort, wo informelle Unterschiede unumgänglich oder gewollt sind (z.B. Delegation zentraler Geschäftsführungsaufgaben des Projektes) und dort, wo als notwendig empfundene Arbeiten nicht in freiwilliger Vereinbarung aufgeteilt werden können,
- uneingeschränkte Transparenz aller Daten zum Projekt.

Unabänderliche Unterschiede zwischen Menschen (Alter, Geschlecht, Hautfarbe usw.) begründen keine weiteren Unterschiede. Das Projekt versteht sich als Experimentierfeld für selbstbestimmte, gleichberechtigte Formen des Zusammenlebens.

Abzulehnen und daher abzubauen sind:

- Konzentration wichtiger Funktionen im Gesamtprojekt dauerhaft auf einzelne Personen,
- dauerhaftes, dominantes Auftreten Einzelner in Diskussionsprozessen,
- Moderationen oder andere Gruppentechniken, die keine Selbstbestimmung fördern.

Es ist notwendig, Formen der Kommunikation und Entscheidungsfindung zu finden, die effizient, gleichberechtigt und selbstbestimmungsfördernd sind. Hier besteht insgesamt großer Nachholbedarf, weil bisherige Techniken eher Ineffizienz und Harmonisierung oder neue Hierarchieformen (z.B. des/der ModeratorIn) brachten.

Ziel: Selbstbestimmungsrecht der Teile des Ganzen (Projektfreiheit)

Wege: Jede und jeder ist frei, Zusammenschlüsse zu bilden als Betrieb, politische Aktionsgruppe, mit gemeinschaftsfördernden oder anderen Zielen. Auch in den Teilgruppen sind formale Hierarchien nicht existent, Gleichberechtigung sollte Ziel sein. Projektfreiheit im Gesamtprojekt bedeutet, daß jede Teilgruppe oder auch Einzelperson über die Dinge, um die sie sich kümmern, selbständig entscheiden können, aber auch die Verantwortung tragen (d.h. unter anderem, daß sie unter eigenem Namen auftreten). Wer Entscheidungen beeinflussen will, muß mit der Gruppe oder Person Kontakt aufnehmen. Wenn ein Teil des Ganzen mit Handlungen einen anderen Teil beeinflusst, müssen die betroffenen Teile (Gruppen oder Personen) miteinander Kontakt aufnehmen und einvernehmlich entscheiden. Das Gesamtplenium hat keine Rechte außer dem, diese Prozesse zu beobachten und im Zweifel zu entscheiden, welche Gruppen als betroffen gelten. Zudem kann das Plenum ebenso wie einzelne Personen oder Gruppen vermittelnd wirken, aber niemals selbst entscheiden.

Projektfreiheit bedeutet:

- Spontanität und Flexibilität, da kleine Gruppen schneller reagieren können.
- Erhöhung der Vielfalt im Gesamtprojekt, da Menschen unterschiedlicher thematischer Richtungen, Arbeitsformen oder persönlicher Neigungen sich nebeneinander verwirklichen sowie als Teilgruppen, wenn sie wollen, gleichberechtigt kooperieren können.
- Klare Verantwortlichkeiten, denn jede Teilgruppe (politisches Projekt, Betrieb, WG, sonstige Gruppe) ist für sich selbst verantwortlich. Gegenseitige Hilfe ist freiwillig.

Projektfreiheit ist in einem Gesamtprojekt nur dann gut möglich, wenn ...

- die Teilgruppen grundsätzlich für alle offen sind,
- sie nur für sich selbst sprechen,
- sie die politischen Grundsätze des Gesamtprojektes (Gleichberechtigung, Herrschaftsfreiheit usw.) mitvertreten,
- sie, soweit es geht, transparent arbeiten gegenüber Menschen aus dem Gesamtprojekt.

Ziel: Gleichberechtigung zwischen Frauen und Männern

Wege: Alle formalen Ungleichheiten gelten als abgeschafft. Zwischen Männer(gruppe)n und Frauen(gruppen) gilt nur die freiwillige Vereinbarung als Entscheidungsweg. Um die sozial geprägten Unterschiede bewußt abzubauen und Gleichberechtigung auch real zu erkämpfen, müssen im Projekt Strukturen geschaffen werden, die die freie Entwicklung von Männern und Frauen fördern. Gleichberechtigung muß aktiv erstritten werden, weil die bisherigen sozialen Rahmenbedingungen (Sozialisation der Einzelnen mit typischen Rollenverhalten, gesetzliche Diktate usw.) diese gefährden, wenn nicht aktiv das unbewußte Einschleichen von Ungleichberechtigung verhindert wird.

Positiv sind:

- Schaffung von Freiräumen einschließlich für andere unzugänglicher "Zonen" (Frauen-/Männerräume, -betriebe, -projekte, -WGs usw.).
- Die Gesetze des umgebenden Nationalstaates, die Ungleichheit schaffen gelten abgeschafft.
- Bei der Verteilung von Arbeit gilt die freiwillige Vereinbarung, wobei die Frage, ob freiwillige Aufteilungen sozial genormtes Verhalten statt tatsächlicher Wünsche widerspiegeln, gesondert zu prüfen ist. Wo Arbeit nicht aufteilbar ist, gilt das Rotationsprinzip.

Bei der Festlegung oder Veränderung von Entscheidungs- und Diskussionsstrukturen muß die Gleichberechtigung von Frauen und Männern immer besonders beachtet werden.

Zu berücksichtigen ist aber auch, daß das Ringen um Gleichberechtigung zwischen Männern und Frauen (genauso wie mit und zwischen allen anderen) den Abbau von Herrschaftsstrukturen insgesamt zum Ziel hat. Bisherige Erfahrungen aus "linken" oder "alternativen" Projekten zeigen, daß als Ergebnis antisexistischer oder feministischer Diskussionen ausschließlich eine erhöhte Beteiligung von Frauen an der Macht (oder sogar, bislang seltener) die vollständige Dominanz von Frauen über das Projekt entsteht. Wenn das geschieht, verändern sich nur die Machtgrenzen (z.B. statt Männermacht über Frauen jetzt die Macht der hochgebildeten, durchsetzungsfähigen Personen über die ohne diese Qualifikation).

Ziel: Gleichberechtigung zwischen Erwachsenen, Jugendlichen und Kindern

Wege: "Erziehung" findet nicht statt. Stattdessen soll das gesamte Projekt für alle Menschen allen Alters auch ein Lernort sein, d.h. die verschiedenen Menschen offen sein, ihr Wissen weiterzugeben und auch transparent machen, wo sie über Wissen verfügen. Lernen und Lehren sollen selbstorganisiert sein in freiwilliger Vereinbarung der Beteiligten. Bildung für alle ist ein wichtiges Ziel.

Positiv wirken:

- Belastungen durch feste oder lange Arbeitszeiten oder sonstige "Pflichten" sind abzubauen.
- Kinder und Jugendliche können nach eigener Überzeugung Freiräume schaffen (Kinderhäuser, Jugendzentren, eigene WGs usw.).
- Elternschaft begründet keine besonderen Rechte gegenüber den Kindern oder anderen Personen. Die Kinder können frei wählen, mit wem sie zusammen wohnen, spielen, lernen usw. wollen.
- Schaffung vieler Lernorte im Projekten und seinen Teilen statt einer geschlossenen und verregelten Schule.

Erwachsene sollen gegenüber Wünschen von Kindern nach Hilfe offen sein (wie bei Wünschen anderer auch). Es sind aber die Kinder und Jugendlichen selbst, die entscheiden, wann sie Hilfe erbitten.

Gleichberechtigung von Heranwachsenden bedeutet zum einen deren formale Gleichberechtigung, d.h. Mitsprache, Zugang zu Informationen und das Recht, für sich eigene Gruppenzusammenhänge zu bilden, darunter auch solche, die z.B. Erwachsenen nicht zugänglich sind (Jugendraum, Kinderraum darauf besteht ein gleiches Recht wie auf Frauenbereiche u.a.).

Ein wichtiger Bereich ist die Bildungsarbeit. Dafür sollte im Gesamtprojekt eine freie Regelung selbstbestimmten Lernens geschaffen werden. Alle Menschen, also auch Heranwachsende, sollten möglichst in allen Bereichen lernen können. Lernbörsen, in denen Menschen ihr Wissen anderen anbieten, können "Angebot und Nachfrage" an Wissen transparent machen. Lernen ist ein wichtiger Teilschritt zum selbstbestimmten Leben und sollte daher bewußt möglich gemacht werden. Zeit und Kraft müssen dafür bleiben können. Lernen aber darf nie Zwang sein. Soweit es Heranwachsende nicht selbst wünschen, sollte sich daher jedes Radikal-leben-Projekt gegen den Schul- und andere Zwänge kollektiv wehren aber selbst immer das Lernen ermöglichen und fördern.

Ziel: Gleichberechtigung zwischen Deutschen und Nicht-Deutschen

Wege: Die Nationalität spielt gar keine Rolle. Bei tatsächlichen Unterschieden z.B. im religiösen, sprachlichen oder kulturellen Bereich muß ein Projekt eine innere Vielfalt erzeugen, damit alle ihre Art des Lebens verwirklichen können bzw. angstfrei und gleichberechtigt miteinander reden, wo Vereinbarungen nötig sind. Auf der anderen Seite darf Rücksicht auch nicht zu grundlegenden Einschränkungen führen für die, die z.B. die Sprache "Deutsch" besser beherrschen und damit z.B. frei agieren wollen, ohne daß dadurch andere Nachteile erleiden. Das gleichberechtigte Nebeneinander sowie gegenseitige Hilfe sollten den Rahmen bilden. Projekte, in denen Menschen aufgrund ihrer Nationalität, Religion usw. benachteiligt werden, sind keine Modelle für eine herrschaftsfreie Gesellschaft. Projekte, die nur mit sich selbst beschäftigt sind und aus ständiger Angst, Ungleichheiten hervorzurufen, Menschen ihre Talente und Fähigkeiten nicht ausreizen lassen (solange sie nicht andere damit einschränken), sind langweilige und haben keine Außenwirkung.

Ziel: Gleichberechtigung einfach aller Menschen

Wege: Was für die bisher und zufällig ausgewählten Unterschiede gilt, gilt auch für Behinderte und Nicht-Behinderte, Menschen mit und ohne Ausbildung usw. In vielen Fällen ist nicht nur die gewollte Vielfalt sowie die gegenseitige Hilfe (gegenseitiges Lernen, direktes Unterstützen usw.), sondern auch die Gesamtkonzeption des Projektes darauf auszurichten, die Mechanismen, die Ungleichheiten schaffen, abzubauen (z.B. sollte durch bauliche Regelungen die Möglichkeit für Vielfalt im Projekte, Lebensentfaltung für alle usw. geschaffen werden).

Ein wichtiger Punkt des Abbaus von Ungleichheiten ist der Verzicht auf Erwerbsarbeit außerhalb des Projektes bzw. überhaupt auf ganztägige Erwerbsarbeit. Denn diese bedeutet immer, daß andere Personen (häufig der/die BeziehungspartnerIn) eine reproduktive Zuarbeit (Wohnungserhalt, Ernährung, event. zusätzlich Kinderbetreuung, Pflege u.ä.) leisten müssen. Das bricht Gleichberechtigung.

Ziel: Gleichberechtigung zwischen den Teilen des Ganzen

Wege: Nicht nur zwischen den einzelnen Menschen, sondern auch zwischen den Gruppen, Betrieben usw. herrscht Gleichberechtigung. Wo sich Konflikte ergeben, regeln die betroffenen Gruppen diese auf der Grundlage freiwilliger Vereinbarungen. Das Gesamtplenium oder andere Gruppen bzw. Personen können nur vermitteln, aber nicht statt der Betroffenen entscheiden.

Gleichberechtigung als Thema politischer Aktion

Kein Zweck heiligt die Mittel (Ausnahme: wenn der Zweck nicht anders zu erreichen ist, zwei grundlegende Ideale gegeneinander stehen und abgewogen werden muß). Daher muß Gleichberechtigung überall gelten bzw. angestrebt werden, wo sie nicht existiert (und das dürfte überall der Fall sein). Im Rahmen politischer Aktionen gilt das Ziel doppelt: Als politische Forderung und für die Struktur der jeweiligen Gruppe.

Ziel: Gleichberechtigung zum Thema machen

Wege: Öffentlichkeitsarbeit, direkte und symbolische Aktion sowie das Öffentlichmachen der Ziele und Wege im eigenen Projekt. Realpolitik hat keine Chance wer immer nur fordert, was sowie gerade ansteht oder mit wenig Veränderungen möglich ist, kann keine grundlegende Veränderung erreichen. Diese können dann erfolgen, wenn zuvor die Grundidee, d.h. das politische Ziel, in den Köpfen und der öffentlichen Debatte durchgesetzt wird.

Zur Zeit sind alle grundlegenden Themen, darunter auch die Gleichberechtigung, eher Randerscheinungen politischer Arbeit. Im Vordergrund stehen einfache, griffige und meist realpolitische Forderungen (konkrete Einzelmaßnahmen), die zudem kaum Teilschritte hin zu einer herrschaftsfreien Gesellschaft sind, sondern nur Symptome kurieren, bestimmte Gruppen befrieden oder Macht anders verteilen statt abschaffen (Frauenquote, Jugendparlamente, AusländerInnenbeiräte usw.).

Wichtig sind: Visionen, öffentlich beschrieben und vertreten. Direkte und symbolische Aktionen, d.h. an der einzelnen Aktion wird das Gesamthema verdeutlicht (geeignet für solche symbolischen Handlungen sind alle Ort, wo Gleichberechtigung permanent oder aktuell verhindert wird/wurde). Bildungsarbeit.

Ziel: Abbau von Herrschaftsstrukturen in der Politik

Wege: Keine Kooperation mit dem Staat oder hierarchisch strukturierten Teilen desselben, d.h. keine organisierte Zusammenarbeit (gemeinsames Auftreten in der Öffentlichkeit, gemeinsame Trägerschaft von Projekten usw.) mit Parteien, Gemeinden, Verwaltungen, Regierungen usw. Eigene Aktionen (Öffentlichkeitsarbeit, direkte Aktionen, langfristige Projekte) zur Stärkung von (basis)demokratischer Selbstorganisation in der Gesellschaft (Bildung von unten, Freiräume für Kinder, Jugendliche und alle anderen, selbstverwaltete Jugend-, BürgerInnenzentren usw.). Alle Gesetze, die einer formalen Gleichberechtigung aller Menschen entgegenstehen, gelten im Projekt nicht.

Direkte Aktionen und Öffentlichkeitsarbeit gegen ausgewählte Machtstrukturen, z.B. symbolische oder besonders ausgeprägte Machtstrukturen (Knäste, Abschiebeknäste, Polizei und Verfassungsschutz, Militär und Grenzkontrollen sowie werbende Ausstellungen, Messen, Veranstaltungen u.ä. zu Unterdrückungsstrukturen).

Individueller Widerstand: Als Person oder Gruppe der Machtausübung gegen sich selbst öffentlichkeitswirksam widerstehen.

Ziel: Selbstverwaltung und Abbau von Herrschaftsstrukturen in der Wirtschaft

Wege: Keine Kooperationen (PR, Auftragsvergabe usw.) mit nicht selbstverwalteten Betrieben und Einrichtungen. Eigene Aktionen (Öffentlichkeitsarbeit, Boykott, direkte Aktionen, langfristige Projekte) zur Stärkung von (basis)demokratischer Selbstorganisation in der Wirtschaft bzw. zur Bekämpfung hierarchischer Firmen, vor allem der machtmisbrauchenden Großkonzerne (direkte oder symbolische Aktionen, Öffentlichkeitsarbeit, Kooperationen mit ArbeitnehmerInnen-Vertretungen oder -Gruppen).

Zurückdrängen ökonomischer Zwänge und Herrschaft durch möglichst weitgehenden Ausstieg des Projektes aus dem Markt mit seinem Drang zu größtmöglicher (Geld-)Wertschöpfung. Wer eine herrschaftsfreie Gesellschaft will und im eigenen Projekt dafür Experimentierflächen schaffen will, kann nicht kapitalistische Herrschaftsprinzipien einfach übernehmen (um dann z.B. innerhalb der gleichen Strukturen Öko-Möbel u.ä. anzubieten). Veränderungen sind nur da mög-

lich, wo die Zwänge des Kapitalismus ausgeschaltet werden. Im Projekt entsteht das durch die Abkehr von ökonomischen Leistungszwängen, nach außen durch direkte Aktionen, Öffentlichkeitsarbeit usw. gegen die wirtschaftlichen Zwänge vor allem dort, wo sie besonders ausgeprägt sind oder symbolische Bedeutung haben.

Ziel: Selbstverwaltung und Abbau von Herrschaftsstrukturen in der sonstigen Gesellschaft

Wege: Keine Kooperationen mit Organisationen und Zusammenschlüssen, die Hierarchien aufweisen (gemeinsames Auftreten, Trägerschaft von Projekten usw.). Eigene Aktionen (interne und öffentliche Kritik, direkte Aktionen, Schulungen, langfristige Projekte oder Arbeit im Rahmen eigenen Mitwirkens) zur Stärkung von (basis)demokratischer Selbstorganisation in Vereinen und Gruppen.

Die reale Gesellschaft ist ein vielfaches Geflecht von Herrschaftsstrukturen – großen und viele Menschen einbindender, aber auch kleiner, nur wenige oder einen einzigen Menschen unterdrückender (z.B. das Prinzip "Ehe"). Es gibt keine bessere oder schlechtere Herrschaft, jede Unterdrückung, Erniedrigung oder Ausbeutung von Menschen ist unakzeptabel und verdient politische Gegenaktion. Allerdings eignen sich bestimmte Unterdrückungsformen eher, um sie als Symbolik oder wegen ihrer umfassenden Wirkung auf viele Menschen anzugreifen (z.B. rassistische Unterdrückung, besonders auffällige Formen sexistischer Unterdrückung wie Frauen- oder Kinderhandel, Hierarchien in fast allen gesellschaftlichen Organisationen wie Verbänden, Parteien usw.). Sie gezielt anzugreifen, und dabei immer wieder das Prinzip der Herrschaft herauszustellen, kann mehr Wirkung entfalten als nur allgemeine Forderungen und Aktionen. Allerdings darf die Konzentration auf einzelne Punkte nie dazu führen, daß die überall verbreitete sexistische, rassistische, kulturelle, ökonomische oder andere Unterdrückung im Alltag vergessen wird.

Gerechtigkeit im eigenen Projekt

Gerechtigkeit bedeutet (zumindest hier), sich so zu verhalten, daß die Menschen innerhalb und außerhalb des Projektes gleiche Chancen haben, d.h. daß die Möglichkeiten (Zeit, Informationen, Ressourcen usw.) gleichberechtigt verteilt sind. Dabei ist festzustellen, daß die Gerechtigkeit meist gezielt zerstört wird, d.h. Ungerechtigkeit ist die Folge menschlichen Handelns. Ziel muß sein, Gerechtigkeit zu schaffen ohne ständige Verregelung (denn diese ändert die Ursachen nicht, sondern reglementiert nur die Folgen!).

Ziel: Gleiche ökonomische Chancen für alle Menschen im Projekt

Wege: Abschaffung jeglicher Währung, auch währungsähnlicher Einheiten. Gemeinschaftseigentum, persönlicher Bedarf nach dem Bedürfnisprinzip, gemeinsame Nutzung vor individuellem Besitz sowie, in Einzelfällen, freier Tausch oder die Schaffung von Tauschstrukturen ohne Werteinheiten (z.B. Warenhaus ohne Währung, wo Angebote und Nachfrage an Produkten und Dienstleistungen einschl. Bildungsangebote, gegenseitiger Hilfe usw. ausgehängt oder bereitgestellt werden ohne Berechnung).

Ziel: Gerechte Außenbeziehungen des Projektes oder einzelner Teile

Wege: Die Ressourcen des Projektes sollen auch allen anderen Menschen zur Verfügung stehen. Der Reichtum (Besitz, Know-How usw.) eines Projektes sollte nicht dazu dienen, Reichtumsunterschiede weiter zu vergrößern, z.B. in dem nachgefragte Leistungen gewinnorientiert verkauft werden. Um einen "Ausverkauf" zu verhindern, wenn Menschen außerhalb des Projektes Einrichtungen und Ressourcen des Projektes nutzen, aber selbst ihre Werte nicht einbringen (Besitz, Fähigkeiten, Kontakte usw.), können Tauschsystem geschaffen werden. Diese sind aber nur eine geringfügige Verbesserung kapitalistischer Verhältnisse und sollten daher auch immer nur Notlösung sein, d.h. es wird immer um weitergehende, ökonomische Zwänge abschaffende Formen gesucht.

Die generelle Ausnahme von diesem Ziel sind wirtschaftliche Beziehungen mit kapitalistischen Organisationen (Betrieben u.ä.). Es gibt keinen Grund, Ressourcen des Projektes mehr als unvermeidlich in die Hand kapitalistischer Organisationen zu geben. Ziel kann nur sein, ressourcenverschlingende Geschäfte zurückzuschrauben.

Gerechtigkeit als Thema politischen Handelns

Im Rahmen politischer Aktionen kann eine gerechte Gesellschaft zur politischen Forderung werden. Gerechtigkeit kann Teilforderung vieler Aktionen sein, zudem sind ungerechte Strukturen gezielt anzugreifen bzw. zu thematisieren.

Ziel: Gerechtigkeit zum Thema machen

Wege: Wie beim Ziel der Gleichberechtigung. Orte symbolischer Aktionen können internationale Konzerne und Handelsfirmen, internationale Handelsorganisationen (besonders bei deren Beratungstreffen) sowie Besitz und Arbeitsorte der von Ausbeutung profitierenden Reichen sein.

Ziel: Keine Ausbeutung durch individuelles (Konsum)verhalten

Wege: Bewußter Konsum von Produkten aus ausbeutungsfreien Quellen sowie Steigerung der Eigenversorgung bzw. des direkten (Tausch)handels mit selbstverwalteten Betrieben der Umgebung.

Je direkter Geschäftsbeziehungen sind, desto besser ist erkennbar, welche Strukturen durch die Geschäfte unterstützt werden. Vor allem der Handel (Transport, Verkauf) verwischt fast alle Spuren. Um kontrollieren zu können, welche Wirkung welches Geschäft hat, sind transparente, d.h. vor allem regionale oder, noch besser, lokale Handelsstrukturen zu nutzen (Direkteinkauf beim Erzeuger u.ä.).

Ziel: Keine Ausbeutung durch eigenes ökonomisches Wirken

Wege: Aufbau regionaler Stoffkreisläufe und selbstverwalteter Betriebe, Kooperationen mit ausbeutungsfreien Betrieben der Umgebung, Verzicht auf Rohstoffe und Produkte aus ausbeuterischen Quellen.

Die Möglichkeiten, allein durch Auswahl der GeschäftspartnerInnen Einfluß auf wirtschaftliche Ausbeutungsstrukturen zu nehmen, sind begrenzt. Daher kann und sollte ein Projekt, daß wirtschaftliche Außenbeziehungen aufbaut, selbst zum Teil oder gar Kristallisationspunkt regionaler, ausbeutungsfreier (oder mindestens – armer) Wirtschaftsbeziehungen werden: Formen des Wertaustausches, in dem dem Bedürfnisprinzip Rechnung getragen wird, das von den ungerechten Strukturen der kapitalistischen Hauptsysteme der Gesellschaft ganz oder mindestens möglichst weitgehend autark ist usw. Tauschringe, –märkte und Nachbarschaftshilfen sind ein nur kleiner Schritt in diese Richtung, aber eventuell als erster geeignet. Aus ihnen muß mehr folgen, weitere Schritte hin zu einem Tausch, einem Geben und Nehmen, das von Bedürfnissen auf der Nachfrage- und von Lust und Fähigkeit auf der Angebotsseite gesteuert wird, ohne daß Werteinheiten gebildet werden. Werteinheiten werden immer zu unterschiedlichen Wertigkeiten führen, da immer einige Angebote stärker nachgefragt oder seltener sind.

Ziel: Schaffung einer gerechten Gesellschaft

Wege: Politische Forderungen und Aktionen (Öffentlichkeitsarbeit, Alternative Branchenführer usw.) für eine Abwicklung des Nordens, regionale Stoffkreisläufe, ausbeutungsfreie Produktion). Direkte Aktionen gegen Ausbeuter – Firmen und Ausbeutungspolitik, Unterstützung von Aktionen, Kampagnen und Öffentlichkeitsarbeit gegen Ausbeutung und Unterdrückung. Festlegung auf die Nichteinmischung, Kampf gegen nationale und internationale Ausbeutung dort, wo wir leben!

Ziel: Solidarität mit den Opfern der Ungerechtigkeit

Wege: Wer unter Ausbeutung, Ungerechtigkeit oder Unterdrückung leidet, erhält aktive Unterstützung gegen die jeweilige Form der Ungerechtigkeit, und zwar unabhängig von der Frage, ob die zu schützende Person oder Gruppe selbst Ungerechtigkeiten ausübt. Die Solidarität richtet sich gegen die ausgeübte Ungerechtigkeit, ohne damit weitergehende Positionen aufzukündigen. Das bedeutet, daß auch Menschen gegen staatliche, rassistische, sexistische oder andere

Übergriffe oder Ungerechtigkeiten in Schutz genommen werden, auch wenn sie selbst solches oder anderes kritikwürdiges Verhalten zeigen. Die Abwehr von Unterdrückung und Ungerechtigkeit ist von der Auseinandersetzung mit dem Verhalten der Einzelnen zu trennen, ohne das letzteres vergessen wird.

Ziel: Solidarität mit anderen Gruppen, die für Gerechtigkeit eintreten

Wege: Allen, die um die Verwirklichung gleicher Positionen ringen, sollte, soweit möglich, solidarische Unterstützung zuteil werden, insbesondere dann, wenn sie Opfer staatlicher oder sonstiger Repression werden. Das "Radikal leben" – Projekt will nicht nur sich selbst von Ungerechtigkeiten befreien, sondern dafür auch in der Gesamtgesellschaft eintreten. Dafür sind Bündnisse zu Kooperationen nötig. Politische Veränderung ist nicht über die Existenz alternativer Projekte möglich, sondern nur durch politische Bewegungen, innerhalb derer alternative Projekte eine wichtige Rollen spielen können und sollten.

Freiheit und Menschenrechte im Projekt

Der Mensch ist der Maßstab des Zusammenlebens. Leben heißt die Entfaltung der Kreativität und Möglichkeiten der Einzelnen sowie der freiwilligen Zusammenschlüsse, d.h. einzelner Gruppen oder des ganzen Projektes.

Individuelle Freiheit ist die Voraussetzung der Entstehung selbstbestimmten Lebens. Daher gehört sie zu den Grundpositionen. Freiheit wird direkt und offensichtlich dort eingeschränkt, wo die Menschenrechte gebrochen werden. Jedoch auch wirtschaftliche, religiöse, soziale oder kulturelle Zwänge engen die Menschen ein.

Ziel: Freiheit für alle im Projekt

Wege: Jede und jeder kann tun, was er/sie möchte. Dieser Satz soll maximal gelten. Er endet, wo sich einE andereR in den eigenen Entfaltungsmöglichkeiten eingeschränkt sieht. Dort gilt dann das folgende Ziel.

Projektfreiheit ist eine wichtige Alternative zur Basisdemokratie als oft verbürokratisierender "Diktatur von unten", die zudem oft unflexibel und langsam ist, sowie zu allen Formen von Hierarchie. Projektfreiheit versetzt die Einzelnen oder Teilgruppen des Gesamtprojektes in eine eigenständige Handlungsfähigkeit immer dann, wenn es um ihre Belange geht. Daraus entsteht eine hohe Vielfalt im Projekt.

Ziel: Freies Finden von gemeinsamen Lösungen der Betroffenen

Wege: Wo sich einzelne Menschen oder Gruppen in die Quere kommen, sollen sie gleichberechtigt Lösungen finden. Ohne Zustimmung der Betroffenen kann Freiheit nicht ausgelebt werden, wenn sie andere betrifft. Die Regelung des Umgang der Einzelnen oder einzelner Gruppen untereinander ist nicht Sache des Plenums. Hilfsangebote, z.B. eine Aussprache im Plenum oder Vermittlung durch außenstehende Personen oder Gruppen sind sinnvoll, müssen aber von den KonfliktpartnerInnen gewollt werden (keine Verregelung!).

Ziel: Maximale Möglichkeiten für individuelle Freiheit schaffen

Wege: Das Projekt selbst hat zum Ziel, die Möglichkeiten für alle zu erweitern, d.h. äußere Zwänge (durch Gesetze, Sozialisation usw.) abzubauen. Darum lohnt es sich, das Projekt auf- und ständig auszubauen, mit neuen Ideen anzureichern usw. Im Zentrum stehen nicht ökonomische Ziele, sondern die Schaffung von Strukturen und Strategien, Herrschaft abzubauen und Freiräume zu schaffen (für alle und für einzelne Personen und Gruppen).

Ziel: Rückhalt und gegenseitige Unterstützung im Projekt

Wege: Alle Menschen machen Fehler. Alle oder zumindest viele Menschen brauchen Rückhalt, Hilfe und Liebe, d.h. Vertrauen in das Projekt und die Menschen dort. Maximale Freiheit der Einzelnen ist sinnvoll und verbunden mit dem Willen zur Gemeinschaft (sonst wäre Allein – Wohnen sinnvoller und sicher für etliche Menschen passender). Dazu gehört die Offenheit für Kinder, Jugendliche, aber auch alle Erwachsene. Gegenseitige Unterstützung muß frei sein von Bevormundung und "Behütung". Niemand kann wissen, was für den jeweils anderen Menschen gut ist. Daher steht im Mittelpunkt, was die Menschen selbst wollen. Eine Gemeinschaft kann in der Regel mehr Freiheit und Kreativitätsräume schaffen, d.h. gegen die Zwänge von außen (Staat, Ökonomie usw.) erkämpfen, als Alleingelassene. Darum ist Gemeinschaft ein wichtiges Mittel zum Zweck, frei und herrschaftlos zu leben, politisch und unabhängig zu kämpfen.

Freiheit und Menschenrechte als Thema im politischen Handeln

Politisches Handeln ist erforderlich, um konkrete Verletzungen der Menschenrechte anzugreifen aber auch, um die Freiheit der Menschen von ihren Zwängen, von Ausbeutung und Unterdrückung, zu beenden.

Ziel: Menschenrechte zum Thema machen

Wege: Siehe in vorherigen Kapiteln. Symbolische Aktionen sind dort möglich, wo Freiheit und Menschenrechte besonders öffentlich eingeschränkt werden oder Aktionen öffentlichkeitswirksam sind (Gefängnisse, Abschiebestation vom Knast bis zum Flugzeug, Militär und Polizei, freiheitsberaubende Psychiatrie, entsprechende Parteien, Organisationen und Firmen, faschistische und rassistische Gruppen oder Veranstaltungen usw.).

Ziel: Stärkung der Menschenrechte

Wege: Keine Kooperation mit politischen Organen, Firmen und Organisationen, die die Menschenrechte (welche ...) nicht achten. Öffentlichkeitsarbeit, direkte und symbolische Aktionen sowie langfristige Projekte für die Förderung der Menschenrechte bzw. gegen menschenverachtende Organisationen, Technologien, Abkommen und Gesetze. Initiative und Unterstützung für Gruppen, die sich für diese Ziele einsetzen.

Ziel: Solidarität

Wege: Solidarität ist, im Gegensatz zum Ziel des Absatzes über Rückhalt und Vertrauen im Projekt, ein politischer Grundwert. Solidarität ist ein wichtiges Mittel des politischen Kampfes. Sie gilt gegenüber denjenigen, die der Solidarität bedürfen, d.h. denen, die unter Machtanwendung (gleich Machtmißbrauch) zu leiden haben. Sie ist unabhängig von persönlichen Zuneigungen oder Übereinstimmung in politischen Zielen. Sie richtet sich gegen das Grundübel Herrschaft und hat zum Ziel, Menschen aus dieser zu befreien. Solidarität kann daher auch mit unbekanntenen Menschen geübt werden und zieht konkrete, politische Handlungen nach sich. Solidarität kann sich auf die Opfer der alltäglichen Unterdrückung (am Arbeitsplatz, in der Ausbildung, von Frauen gegenüber Männern, von Kindern gegenüber Erwachsenen, bei rassistischen Übergriffen und Unterdrückung, für alle Gefangenen usw.) richten unabhängig davon, ob die Opfer der Herrschaft selbst kritikwürdig sind.

Umweltschutz

Neben den gleichen Rechten auf freie Entwicklung der Menschen im Projekt und der Kampf um ebensolche in der gesamten Gesellschaft (regional und global) ist der Schutz der Umwelt Ziel radikaler Lebensprojekte. Begründet werden kann der Umweltschutz wieder mit Bezug auf die Menschen, denn eine heile Umwelt bietet auch Menschen bessere Entwicklungschancen. Viele Menschen billigen der Natur sowie vor allem Tier- und Pflanzenarten auch ein eigenständiges Lebensrecht zu. So oder so der Schutz der Umwelt ist begründet und daher Teil des Radikal – Leben – Konzeptes.

Umweltschutz im eigenen Projekt

So, wie es dem Menschen nicht zusteht, über andere Menschen zu herrschen, so ist auch die Natur nicht nur Gegenstand menschlicher Ausbeutung und egoistischer Profitmaximierung. Der Mensch ist Teil der Natur, d.h. er gestaltet und nutzt sie, wie es für sein Leben und Überleben nötig ist. Dabei ist der jeweils umweltverträglichste Weg zu wählen, Zerstörungen müssen bewußt geschehen und dürfen nur erfolgen, wenn sie für das menschenwürdige Leben im Projekt notwendig sind.

Ziel: Geschlossene Kreisläufe im Projekt

Wege: Jedes noch so kleine Projekt kann sich zum Ziel setzen, Stoffkreisläufe geschlossen zu halten bzw. sich innerhalb der Stoffkreisläufe der Natur zu bewegen. Damit ist gemeint, den "Verbrauch" von Ressourcen so zu gestalten, daß selbige wieder in den Kreislauf zurückgelangen. Das bedeutet z.B.

- Kein Ableiten von Wasser aus dem Grundstück/Projekt, sondern Nutzung, eigene Reinigung und Versickerung.
- Anbau eigener Nahrungsmittel bzw. Kooperation mit Landwirten der Umgebung und Wiedereinbringung der Restnährstoffe (Komposthaufen, Komposttoilette, Asche) auf die Anbauflächen.
- Energiegewinnung mit regenerativen Rohstoffen, z.B. aus eigenen Energieanlagen, Waldstücken oder Biomassefeldern.
- Zukauf von Produkten und Materialien nur bei gesicherter Einführung in Stoffkreisläufe.
- Bau- und andere Materialien aus wiederverwertbaren oder kompostierbaren Materialien der Umgebung.

Ziel: Kein Schadstoffausstoß

Wege: Schadstoffe sind naturfremde Stoffe, die dort Vergiftungen oder Veränderungen hervorrufen und vorhandene Lebensgemeinschaften geschädigt werden. Das Ziel eines radikal umweltgerechten Projektes ist der ausschließliche Umgang mit Stoffen, die in der Natur vorkommen und in den "ausgestossenen" Mengen dort aufgenommen werden können. Schadstoffe dürfen auch nicht mit zugekauften Produkten ins Projekt gelangen oder bei der Herstellung solcher Produkte an anderen Orten frei werden.

Teilschritt auf dem Weg zu diesem Ziel ist der Verzicht auf die Produkte, die leicht verzicht- oder ersetzbar sind oder durch die bzw. deren Herstellung langfristig vergiftende Substanzen frei werden.

Ziel: Keine Tierquälerei

Wege: Keine oder nur artgerechte Haltung (kritische Diskussion, ob das überhaupt gibt!) im Projekt. Boykott aller Produkte und Firmen mit tierquälereischen Methoden. Direkte Aktionen und Öffentlichkeitsarbeit zum Thema.

Ziel: Platz für natürliche Strukturen und Dynamik

Wege: Jedes Projekt besteht auf einer oder mehreren Flächen, in der Regel gehören zudem Gebäude dazu. Hierfür gelten:

- Versiegelte Flächen sind ganz zu vermeiden, um die Anreicherung des Grundwassers zu ermöglichen.
- Die Gebäude sollten mit Regenwassernutzungsanlagen ausgestattet sein, überschüssiges Regenwasser ist zu versickern. Nicht angeschlossene Dachflächen sind zu begrünen, ebenso alle Wände.
- Nutzgärten und alle weiteren Flächen sollten so naturnah wie möglich gestaltet sein, d.h. durchlässige Bodenbefestigungen mit Pflasterritzenvegetation auf den befahrenen Flächen, naturnaher Gartenbau im Nutzgarten, Wildwuchs- und Gebüschflächen mit heimischen Arten in sonstigen Bereichen.

Umweltschutz als politische Aktion

Der Anteil des Projektes an der Umweltbelastung wird gering und mit einfachen Mitteln weiter zu reduzieren sein. Die großen Umweltzerstörungen gehen vom Staat, von großen und kleinen Firmen sowie der Gesamtheit aller Menschen in ihren Wohnungen, ihrer Mobilität, im Freizeitverhalten usw. aus. Daher kann Umweltschutz nicht wirksam gelingen, wenn die Bemühungen nur auf das eigene Projekt bezogen sind.

Ziel: Umweltschutz zum Thema machen

Wege: Die Notwendigkeit des Schutzes der Umwelt muß an möglichst alle Menschen herangetragen werden, Umweltschutz selbst ist Sache der Menschen, der Regierungen (solange sie bestehen), der Firmen und aller gesellschaftlichen Organisationen.

Mögliche Aktivitäten sind:

- Beteiligung an Öffentlichkeitsaktionen, unabhängigen Medien usw.
- Eigene Projekte, Medien usw., wo diese nicht bestehen.
- Initiative und Unterstützung für Gruppen, die für den Schutz der Umwelt eintreten.
- Symbolische Aktionen z.B. dort, wo erhebliche Umweltgefährdungen oder -belastungen auftreten, am Sitz der dafür Verantwortlichen usw.

Ziel: Die Nutzung von Naturgütern geht alle an

Wege: Das Projekt fordert die aktive und umfassende Information, Mitsprache aller betroffenen Menschen sowie Datenoffenheit bei Vorhaben und bestehenden Anlagen ein, die Teile der Natur nutzen. Solange diese nicht gewährleistet ist oder die Bedenken der Betroffenen übergangen werden, liegt darin die Begründung, sich mit allen Mitteln gegen die Naturnutzung wehren zu können.

Mögliche Aktionen sind:

- Aufrufe, sich zu wehren.
- Aktionen in der Öffentlichkeit.
- Direkte Demokratie (BürgerInnenentscheide, Volksabstimmungen).
- Direkte Aktionen (Blockaden, Besetzungen, Sabotage).

Ziel: Demokratisierung des Rohstoff- und Flächenverbrauches

Wege: Die Nutzung von Naturgütern geht alle an. Die Natur kann nicht für sich selbst sprechen. Daher sind es die Menschen, die entscheiden. Wichtig ist, daß dieser Prozeß offen und gleichberechtigt erfolgt.

Abzulehnen sind:

- Naturzerstörungen durch einzelne Personen und Gruppen ohne Zustimmung von denen, die davon betroffen sind.
- Raubbau zugunsten nur einzelner Personen ohne Zustimmung der Betroffenen (in der Regel alle!).

Für das Projekt gilt:

- Der Verbrauch von Rohstoffen, Flächen oder die Belastung von Luft und Wasser darf nur erfolgen, wenn alle davon Betroffenen zustimmen (im Projekt und darüber hinaus).
- Art und Umfang von Umweltbelastungen durch das Projekt oder Teile desselben müssen jederzeit transparent sein.

Mögliche Aktionen sind vor allem der Widerstand und die Solidarisierung mit den Betroffenen, wo deren Rechte mißachtet werden. Hinzu kommen muß eine breite Öffentlichkeitsarbeit für diese Forderung, die die zentrale Aussage des Umweltschutzes ist. Sie widerspricht Regelungen von oben ebenso wie den marktwirtschaftlichen Mitteln der ökologischen Steuerung (Ökosteuer u.a.).

Ziel: Natur darf nicht "verbraucht", d.h. nicht unwiederbringlich verändert werden

Wege: Naturgüter dürfen nicht vergiftet oder sonstwie dauerhaft zerstört, Rohstoffe nicht über den Umfang dessen, was regenerierbar oder recycelbar ist, verwendet werden.

Dieser Grundsatz entspricht einer umweltorientierten Auslegung des Begriffs der Nachhaltigkeit. Dieser ist jedoch vielfach mißbraucht und heute eher als Be-

schreibung für dauerhaftes Wirtschaftswachstum mißbraucht werden.

Wichtig ist vor allem die Öffentlichkeitsarbeit sowie die Schaffung von Modellen. Hierbei sind Kooperationen mit Betrieben und Projekten von besonderer Bedeutung. Vom Projekt sollten Impulse für umwelt- und sozial verträgliche Produktionsweisen, Dienstleistungen, Verwertung und Tausch ausgehen bzw. Bestehendes unterstützt werden.

Ziel: Das Projekt zum Ausgangspunkt von Veränderungen machen.

Wege: Umweltschutz bedarf der Kritik und der Visionen, die in konkreten Einzelschritten sichtbar wird. Radikal leben bedeutet auch hier: Auffallen, offen zeigen, welche Ideen, Möglichkeiten, welches Bemühen, aber auch welche Grenzen und Mängel bestehen. Lösungen zu Ernährung, Mobilität, zum Bauen usw. so rüberzubringen, daß sie kreativ, "lustfördernd" und machbar erscheinen, ist ein wichtiger Teil der Umweltschutzarbeit. Dazu muß die Existenz von Beispielen verbunden werden mit der offensiven Vermittlung im Rahmen von Aktionen, Transparenz, Bildungsarbeit usw.

Teil 2: Konkrete Entwürfe

Die Projektstruktur

Die konkreten Strukturen des Projektes müssen aus den politischen Positionen entwickelt werden aber sie sind mehr als das. Denn der Rahmen politischer Positionen läßt verschiedene Wege und Varianten offen. Das ist gut so. Vielfalt ohne Beliebigkeit, d.h. verschiedene Projekte mit klaren politischen Positionen, sind das Ziel von "Radikal leben".

Verschiedene Projekttypen

Viele Wege führen zu "Radikal leben". Entscheidend ist die Verwirklichung der grundlegenden Positionen, nicht die konkrete Ausgestaltung dort, wo es verschiedene Alternativen gibt. "Radikal leben" kann ein Verbund unterschiedlicher Projekte sein, die sich unterscheiden in:

Zeitlicher Dimension (von kurzfristigen Projekten, z.B. Widerstands-Hüttendörfern oder besetzten Häusern, bis zu langfristigen Ansätzen in festen Gebäuden).

Räumlicher Dimension (von ortsfesten, großen Gebäuden über viele kleine bis zu Karawanen)

Größe (kleine Gruppen bis zu großen Kommunen).

Typ: Ein (großer) Gebäudekomplex

Zusammenhängendes Grundstück in oder außerhalb eines Ortes mit mehreren verschiedenen Einrichtungen am gleichen Ort (Betriebe, politische Aktionsräume, Wohnbereiche usw.).

Typ: Verschiedener Gebäude, Wagendörfer usw. in Fußentfernung

Mehrere Häuser in Fußwegentfernung mit Gemeinschaftseigentum usw., d.h. ökonomisch und von den Entscheidungsstrukturen her ein Projekt, aber die konkreten Standorte (Wohnen, Betriebe, politische Aktionsräume usw.) über einen Ort verteilt. Kriterium ist die Fußwegentfernung, da sonst aufgrund unterschiedlicher Mobilität die Chancengleichheit verringert wird. Möglich ist auch die Kombination eines größeren Projektes mit mehreren kleinen Gebäuden, Wägen usw. in der Umgebung.

Typ: Verbundprojekte

Mehrere Teile ergänzen einander, erfüllen verschiedene Funktionen u.ä. Hier sind vor allem Stadt-Land-Projekte zu nennen, d.h. der Projektstandort im ländlichen Raum dient der Subsistenz (v.a. im Nahrungsmittelbereich), im städtischen Raum geht es vor allem um Vermarktung, politische Arbeit, Kultur usw. Um Entfremdungsprozesse zu verhindern, müssen Rotationsprinzipien und enge Verflechtungen ein Auseinanderfallen verhindern. In der Praxis bleibt aber fraglich, ob eine Schematisierung dieser Art, die auch die Zuordnung von starren Funktionen an bestimmte Räume beinhaltet, sinnvoll sind.

Typ: Nichtseßhaftes Projekt

Unterwegs, z.B. in Bauwägen, Zelten, Wohnwägen usw. Ausrichtung des Alltags und der politischen Aktionen an diese Form. Für Alltag und Ökonomie gelten die gleichen Ziele wie bei einem standortfesten Projektes (Freiräume werden durch verschiedene Wägen, Zonen auf den Plätzen usw. erreicht). Circus, Vorträge, Straßenaktionen sowie überregionale Projekte. Politische Aktionen sind in einigen Bereichen sogar besser möglich, z.B. überregionale Aktionen sowie Beteiligung an regionalen Hüttendörfern, Aktionen, Besetzungen usw. Auch Mitwirkung in der Aufbauphase neuer Projekte.

Alltag, Zusammenleben

Der konkrete Alltag und das Zusammenleben der Menschen sollen ebenso die Grundpositionen widerspiegeln wie die politischen Aktionen und Aussagen. Etablierung und Abschaffen fördern den unauffälligen Wandel hin zu Verhaltensformen, die der Sozialisation entsprechen (typischen Männer-/Frauenrollen, Bevormundung von Kindern oder Behinderten usw.). "Radikal leben" im Alltag ist der Versuch, Selbstbestimmung, Gleichberechtigung und Gerechtigkeit zum Standard zu machen. Verregelungen sind dabei der falsche Weg, da sie Ursachen nur verdecken, nicht aber Verhältnisse schaffen, die selbstbestimmt ausbeutungs- und unterdrückungsfrei sind.

Ziel: Gleichberechtigte Aufteilung der gemeinschaftlichen Anliegen

Wege: Transparenz der notwendigen Arbeiten (Haushalt, Grundversorgung, Geschäftsführung, Reparatur- und wiederkehrende Arbeiten, Anfragebearbeitung, Gäste- und event. Kinderbetreuung usw.). Gemeinsame und ständig transparente Aufteilung bei möglichst hoher, aber bewußt reflektierter und auf soziale Rollen geprüfter Berücksichtigung der Neigungen der Einzelnen. Rotation bei allen Anliegen, die niemand übernehmen will, oder deren Übernahme durch alle in rotierender Weise als wichtig empfunden wird. Jederzeitiges Widerrufsrecht für übernommene Arbeiten im Gesamtplenum oder in der betroffenen Gruppe.

Ziel: Vielfalt ohne Beliebigkeit

Die Form des Alltagslebens kann sehr unterschiedlich sein. Getrennte oder gemischtgeschlechtliche Wohngemeinschaften, NichtraucherInnen-WGs oder gemischt, laut oder leise, schrill oder gemächlich, jung, alt oder gemischt so oder in vielen weiteren Facetten kann Leben geschehen. Allerdings darf das nicht zur Beliebigkeit führen. Daher sollten gelten:

Die politischen Positionen müssen auch in den WGs und im Alltag wirken. Das ist ein hoher Anspruch auf die Entwicklung eines gleichberechtigten, ökologischen und toleranten Miteinanders, in dem die Toleranz dort aufhört, wo politische Positionen, d.h. unter anderem auch die Rechte der jeweils anderen, in Frage gestellt sind.

Entwicklung konsequenter und wirksamer Streitkultur.

Transparenz und Offenheit zum Zwecke des gegenseitigen Austauschs und Kritik.

Abbau struktureller Unterschiede (Bildung, Reichtum usw.).

Solidarität, Austausch und gegenseitige Hilfe.

Arbeit, Betriebe, gemeinsame Ökonomie

Aus den politischen Positionen ergibt sich (eigentlich) das Ziel, auf Geld und eine Einbettung in die herrschafts- und gelddominierten Märkte ganz zu verzichten. Die Alternative dazu wären nicht Tauschringe mit alternativen Währungen, weil diese z.B. nur ähnliche Strukturen mit anderen Titeln schaffen.

Ziel: Keine Währung und keine Ersatzeinheiten im Projekt

Wege: Allen gehört formal alles, was aber gleichgültig ist, weil eine Bewertung im Sinne von Eigentum ohnehin entfällt. Für alle ist möglich, sie eigene Wohnbereiche einzurichten (gleiches gilt für Betriebe u.ä.) und dort Sachwerte einzuplanen, die nicht gleichberechtigt anderen zugänglich sind. Im Mittelpunkt des "Waren- und Dienstleistungsaustausches" steht ein Warenhaus, in dem intern ohne Wertehheit getauscht werden kann, über das aber auch über eine zu schaffende Wertehheit ein Draht nach draußen besteht.

Ziel: Keine "Arbeit"

Wege: Die Trennungen in wertschöpfende oder reproduktive Arbeit sowie in Arbeit und Freizeit sind politisch falsch. Gleichberechtigung kann nicht über Verregelungen erreicht werden. Es gibt keine "Arbeit", alles geschieht aus Lust und/oder Überzeugung ohne Zwang, wohl aber kann es Verpflichtungen aufgrund gemeinsamer Entscheidungen z.B. zur Aufteilung der gemeinsamen Anliegen geben. Öffentlichkeitsarbeit gegen "Arbeit" als solches (eine faszinierende Position!).

Ziel: Solidarität im Gesamtverbund "Radikal leben"

Wege: Gegenseitige materielle und personelle Hilfe durch guten Austausch und Schaffung gemeinsamer Strukturen (z.B. Solidaritätsfonds).

Ziel: Abkopplung von staatlich kontrollierten, nicht selbstverwalteten Finanzsicherungssystemen

Wege: Start von ökonomischen Absicherungen auf Basis freiwilliger Beteiligung der verschiedenen "Radikal leben"-Projekte, z.B. Aufbau von Windenergieprojekten, gegenseitigen Hilfsfonds oder, im günstigsten Fall, Absicherung auch von Krankheitskosten usw. durch Tauschhandelsvereinbarungen (oder ähnliches) mit alternativen, selbstverwalteten ÄrztInnen, Pharmafirmen usw. Zwischenschritt: Aufbau eigener, währungsorientierter Versicherungsstrukturen.

Ziel: Keine Förderung des "Ausstiegs aus dem Ausstieg". Keine Belohnung für die Rückkehr zu Zerstörung und Ausbeutung!

Wege: Es ist nicht Ziel von "Radikal leben", den Umstieg in die (ausbeuterische, unterdrückende) Normalität der jetzigen Gesellschaft zu ebnet. Herrschaft findet nicht statt, d.h. niemand wird am Ausstieg gehindert. Das Projekt ist aber auch nicht unterstützend tätig. Ausstiegsregelungen gibt es nicht oder müssen so formuliert sein, daß sie den Ausstieg nicht fördern, sondern allein aus menschlicher Solidarität der einzelnen Person gegenüber Härten mildern. Sinnvoll sind Umstiegsregelungen, z.B. zwischen den "Radikal leben"-Projekten oder zu anderen Projekten, die gleiche Ziele anstreben. Sinnvoll ist, jeder Person für eine gewisse Zeit nach einem Ausstieg solidarischen Rückhalt im Projekt zu gewähren, z.B. Wohnrecht, Teilhabe an der Gütergemeinschaft usw.

Ziel: Bewußte "Außenwirtschaft" mit minimalem Einsatz von Wertsystemen

Wege: Aufbau von Tauschsystemen mit der Umgebung eines Projektes. Reduzierung des Geldverkehrs auf ein gemeinsames Konto für den "Einkauf" von Waren aus der Gesellschaft. Bewußte Entscheidung im Projekt, für welche Bereiche der Einsatz von Geldwährungen akzeptabel ist (z.B. Fahrkarten, medizinische Leistungen ...). Eingebachte Geldwerte der Menschen im "Radikal leben"-Projekt werden auf dieses Konto eingezahlt.

Entscheidungsstrukturen

Ziel ist, Hierarchie gänzlich abzuschaffen (und zwar alle Formen). Hierarchische Strukturen dürfen aber nicht ersetzt werden durch eine lähmende Basisdemokratie. Ziel ist vielmehr, eine Form zu finden, die maximale Freiräume schafft, so daß Einzelpersonen und Gruppen, Projekte, WGs oder Betriebe in eigenem Namen nach eigenen Überzeugungen agieren können. Gemeinsam wird nur entschieden, was alle betrifft und dazu gehört nicht die indirekte Betroffenheit, wenn z.B. als Folge von Aktionen einer Gruppe Druck aus dem Umfeld entsteht (Staat, Wohnort) und fälschlicher- bzw. taktischerweise auf das gesamte Projekt projiziert wird.

Ziel: Maximale Eigenständigkeit der Gruppen im Projekt

Wege: Alle Gruppen (Wohngemeinschaften, Betriebe, politische Gruppen usw.) treten unter eigenem Namen auf und handeln autonom. Diese Autonomie ist zwingend gekoppelt mit der eigenen Verantwortung für das, was im Namen der Gruppe geschieht. Wo andere Gruppen oder das gesamte Projekte betroffen sind, müssen diese aktiv angesprochen und gleichberechtigt an Diskussion und Entscheidung beteiligt werden. Die Gruppen sollten den weiteren Teilen des Projektes gegenüber transparent agieren, d.h. Einblick in ihre Aktivitäten und die Möglichkeit zur Mitarbeit gewähren. Über Ausnahmen davon, z.B. bei konspirativen Aktionen, entscheidet das Plenum, weil es alle betrifft.

Ziel: Gemeinsam entscheiden, was gemeinsam ist

Wege: Was das gesamte Projekt angeht, müssen auch alle mitentscheiden können. Dazu sind entsprechende Entscheidungsstrukturen zu schaffen (Plenen). Die Entscheidungswege sollten aber möglichst effizient gestaltet werden:

Verlagerung von Entscheidungskompetenz in die autonomen Teile des Projektes.

Informationstransparenz, rechtzeitige Bekanntgabe der anstehenden Entscheidungen usw.

Entlastung des Plenums z.B. durch informelle Entscheidungswege, die aber transparent sind und jeder/m die Möglichkeit bieten, per Veto die Entscheidungsfindung in das Plenum zu verlagern.

Diskussionsmethoden, die Gleichberechtigung schaffen und transparente Entscheidungen ermöglichen.

Ziel: Konsens

Wege: Im Plenum sowie in den autonomen Teilgruppen des Projektes herrscht das Konsensprinzip. Nur dadurch können alle Meinungen gehört und angstfrei abgewogen werden.

Politik

Eine Insel zu schaffen, ist leicht (weniger Konflikte mit dem Umfeld), wirkungslos (keine politische Ausstrahlung) und auch kein Modell für eine andere Gesellschaft, weil sie stillschweigend die Existenz der bisherigen Gesellschaftsform akzeptiert und damit die eigene Projektform dem anpaßt. Nötig ist, daß sich Modelle für eine neue Gesellschaft an der alten reiben, sich zu dieser als Alternative offen in Beziehung setzen sowie als zweites die kritisierten Gesellschaftsstrukturen angreifen. Dieses ist erfolgreich nur möglich, wenn sich das Projekt als Teil politischer Bewegung versteht.

Das Projekt als politische Plattform

Politische Arbeit ist nicht nur Sache der Einzelnen, sondern auch des Projektes insgesamt. Um politische Wirkung zu entfalten, sollten das Projekt die Auseinandersetzung mit der Gesellschaft suchen und dort Veränderungen anstreben. Dabei dürfen aber Kontakt und Zusammenarbeit nie mit Einschränkungen in

den Grundpositionen des Projektes verbunden sein. Das Projekt verändert die Gesellschaft, nicht umgekehrt. Politische Wirkung erfolgt durch:

Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit (unabhängige Medien, Bildungseinrichtungen usw.)

Direkte Aktion

Aufbau des Projektes als politische Plattform, d.h. im Projekt entstehen Arbeitsbereiche (Räume, Ausstattung, Materialien), die von Leuten im Projekt und außerhalb desselben für politische Aktionen genutzt werden können. Solche politischen Aktionsmöglichkeiten sind unabdingbarer Bestandteil jedes Projektes.

Politische Inhalte und Aktionsformen werden an den Grundpositionen gemessen.

Ziel: Jedes "Radikal leben" – Projekt schafft eine Infrastruktur für politische Aktionsmöglichkeiten

Wege: Aufbau von Räumen und Infrastruktur für politische Aktionsgruppen. Nutzung aller betrieblichen Einrichtungen auch für politische Aktionen.

Teil der Infrastruktur sind:

Räume zum Arbeiten und für Treffen

Aufbau von Einrichtungen zur Projektarbeit (technische Ausstattungen usw.)

Beschaffung und Nutzbarmachung von Materialien (Bibliothek, Archive, Adressensammlungen usw.)

Schaffung finanzieller Ressourcen als Rücklage für spontane, politische Aktionen

Politische Aktionen

Konkrete Projekte und Aktionen bilden den Kern politischer Arbeit wenn sie auch deutlich weniger bzw. keine Wirkung entfalten ohne Einbettung in politische Bewegungen.

Ziel: Vielfalt an autonomen Projekten unter Berücksichtigung politischer Positionen

Wege: Die politischen Positionen im Projekt bilden den Rahmen, allerdings ist innerhalb dieses eine bunte Vielfalt an Strategien oder Auswahl von Teilthemen möglich. Je größer die Breite an Aktionen ist, desto mehr Menschen können angesprochen und eingebunden werden allerdings darf dadurch keine Beliebigkeit entstehen. Keine Aktion darf den Grundsätzen der Gleichberechtigung oder anderen entgegenarbeiten. Wohl ist aber möglich, nur Teilthemen und –bereiche auszuwählen. Um eine gesellschafliche Wirkung zu erzeugen, sollte aber deutlich werden, daß es sich um ein Teil des Ganzen handelt (z.B. als Hinweis in Forderungskatalogen, Presseinformationen oder Flugblättern).

Die Menschen im Radikal–leben–Projekten verstehen sich als politische AkteurInnen, die nach eigener Entscheidung die Formen und Themen ihres Engagements wählen.

Ziel: Keine Kooperation mit sowie Aktionen gegen Firmen und Einrichtungen, die den Grundpositionen entgegenstehen.

Wege: Wer politische Positionen des Projektes bricht, kann nicht PartnerInnen sein. Ob Parteien, BürgermeisterInnen, Verwaltungen, Betriebe oder andere Einrichtungen es gibt keine "offiziellen" Kooperationen. Selbst dort, wo Sachzwänge scheinen (Kontakte zu Behörden, Kauf von Materialien), sollte versucht werden, diese dort, wo die Kooperations- oder GeschäftspartnerInnen politische Positionen mißachten, auf das unumgängliche Maß zu beschränken oder nur unter offenem Protest durchzuführen.

Demgegenüber sollten die Orte und Handlungen, wo Organisationen, Firmen oder Regierungen politische Positionen brechen, unter Nennung des Grundes und der etwaigen Hintergründe und weiterreichenden Ziele bekämpft werden. Hier ist nicht das Projekt insgesamt aktiv, sondern es werden Aktions- und Projektgruppen im Projekt oder in Kooperationen mit weiteren TrägerInnen geschaffen, die unter eigenem Namen und autonom handeln. Das Projekt stellt seine Infrastruktur zu Verfügung (siehe Punkt "Das Projekt als politische Plattform").

Ziel: Solidarität mit politischen Gruppen und Einrichtungen, die gleiche politische Positionen vertreten.

Wege: Regional und überregional sollte Solidarität zwischen denen herrschen, die gleiche politische Positionen (umfassend oder in einem Teilbereich der Gesellschaft) vertreten. Bei Angriffen von außen ist direkte Hilfe oder symbolische Aktion möglich und sinnvoll. Symbolische Aktion bedeutet eine Handlung an einem anderen Ort mit Bezug auf die unterstützte Gruppe (z.B. Besetzung von Behörden oder Firmen, die in Zusammenhang mit der Einrichtung stehen, gegen die sich der Protest richtet).

Ziel: Jede nach außen gerichtete Aktivität hat politische Positionen.

Wege: Betriebe, Veranstaltungen und Aktionen verwirklichen politische Positionen. Kein nichtpolitisches Ziel (Zuschüsse, Umsatz, Medienecho usw.) kann den Verrat politischer Positionen begründen. Wenn für politische Ziele Grundpositionen einmalig gebrochen werden, weil z.B. zwei ideelle Ziele gegeneinander stehen, muß dieses bewußt geschehen, d.h. offengelegt, diskutiert und beschlossen sein. Jede politische Aktion nennt die Ziele, sowohl die des Einzelfalls als auch die weitreichenden, auf eine gesellschaftliche Veränderung zielenden. Isolierte Einzelaktionen bedeuten einen Verzicht auf die mögliche Wirkungsbreite.

Politische Bewegung schaffen und stützen

Wege: Kein Einzelprojekt kann politisch umfassende Veränderungen allein durchsetzen. Gesellschaftliche Veränderung bedarf einer Breite an Unterstützung oder mindestens aktivem Potential. Jedes Einzelprojekt ist dazu schon allein deshalb nicht in der Lage, weil die Vielfalt von Aktionsstilen und –inhalten bei gemeinsamen politischen Positionen das Grundprinzip politischer Arbeit sein sollten. Daher kann nur ein Verbund mit klaren Positionen, d.h. ohne Beliebigkeit, und verschiedenen Aktionsstrategien politisch erfolgreich sein.

In diesem Sinne sollten Radikal–leben–Projekte Kristallisationspunkt politischer Bewegungen sein und sich als Beitrag zur Vielfalt an Aktionen begreifen.

Ziel: Einbindung in politische Bewegungen statt isolierter Aktion

Wege: Wo immer aus einem Radikal–leben–Projekt heraus politische Aktionen erfolgen, sollten sie sich zum Teil politischer Bewegung machen regional in Verbindung mit anderen Gruppen der Region sowie thematisch, d.h. überregional im Austausch mit Bewegungen, die an gleichen oder ähnlichen Themen arbeiten (also z.B. Anti–Atom–Aktionen aus dem Projekt werden zum Teil der Anti–Atom–Bewegung, Anti–Gentechnik–Aktionen stehen in Verbindung mit anderen Aktionsgruppen zum Thema, feministische Projekte bauen Kontakte in der Region sowie überregional auf usw.).

Ziel: Kristallisationspunkt politischer Bewegungen werden

Wege: Die Vernetzung (Info– und Erfahrungsaustausch) sowie gemeinsame Aktionen (Veranstaltungen, Kampagnen u.ä.) sind ein wichtiger Teil der Arbeit in politischen Bewegungen. Zudem aber braucht jede Bewegung Kristallisationspunkte. Damit sind Orte oder Zusammenhänge gemeint, die besondere Rollen übernehmen nicht durch Zuweisung von oben, sondern aus der realen Arbeit heraus. Wichtig sind Orte, die besondere Positionen einbringen, z.B. neue Themen, radikale Positionen oder besondere Aktionsformen. Ebenso können Orte Kristallisationspunkte sein, an denen immer wieder Treffen stattfinden können, an denen Koordinationsfunktionen oder besondere Aufgaben für die Bewegung übernommen werden. Zentrale Strukturen töten Bewegung und schaffen Verbände. Eine Vielfalt unabhängiger Kristallisationspunkte aber schafft basisorientierte, hierarchiearme Strukturen, ohne die Bewegungen Gefahr laufen, im Sande zu verlaufen. Ohne ständige Innovation und Impulse gibt es keine Bewegung ebenso nicht ohne erkennbare, wechselnde und unterschiedliche Orte, um die herum sich die konkreten Aktionen oder Diskussionen aufbauen. Radikal–leben–Projekte sollten Ausgangspunkt solcher Kristallisationsprozesse sein, wo immer es vom Thema und Aktionsstil paßt.

Ziel: Infrastruktur für Bewegungen stellen

Wege: Radikal-leben-Projekte stellen im Gegensatz zu Initiativ- und Projektgruppen standortfeste und relativ dauerhafte Orte dar. Daher können sie Infrastruktur für Bewegungen darstellen – angefangen von der Kontaktadresse für Projekte bis zur Bereitstellung von Räumen und Geräten.

Verbund der Projekte

Alle Projekte sind eigenständig. Zwischen ihnen ist ein Informationsaustausch, gegenseitige Hilfe und der Aufbau gemeinsamer Strukturen der Ökonomie und Solidarität angestrebt. Zudem soll der Wechsel von Personen zwischen den Projekten formlos möglich sein.

Erstrebenswert sind:

- Wechsel zwischen Projekten für alle, die z.B. aufgrund persönlicher Zu- oder Abneigung wechseln möchten, an anderen Orten bessere Lernbedingungen erwarten (z.B. Existenz bestimmter Betriebe) usw.
- Schaffung gemeinsamer ökonomischer Absicherungen, freiwilliger Umverteilung und Solidarstrukturen.

Für Entscheidungen auf der gemeinsamen Ebene gilt das Delegiertenprinzip und der Konsens. Vorschlag: Jedes Projekt entsendet 2 VertreterInnen. Entscheidungen, die nicht nur das Gemeinsame, sondern auch die einzelnen Projekte betreffen, müssen in den Projekten ratifiziert werden.

Vernetzung ist nicht beliebig. Sie ist sinnvoll zwischen Projekten, die gleiche oder ähnliche Ziele bzw. Grundpositionen haben und sich über die Vernetzung und den Aufbau gemeinsamer Infrastruktur diesen Zielen nähern wollen.

Ziel: Gegenseitige Hilfe

Wege: Know-How und Möglichkeiten der Einzelprojekte allen zugänglich machen. Die Möglichkeiten der Einzelnen sind unterschiedlich. Einige Leute in Projekten verfügen über handwerkliche, andere über organisatorische Fähigkeiten oder ähnliche. Zwischen den Projekten könnte dadurch gegenseitige Hilfe erwachsen, indem es zu einem Austausch kommt, daß Einzelpersonen oder Gruppen/Betriebe auch in anderen Projekten mithelfen. Dazu gehört auch der Bereich der Beratung und Fortbildung.

Ziel: Vernetzung und Austausch fördern gemeinsames Lernen

Wege: Der Austausch von Informationen und Erfahrungen hilft den Einzelprojekten. Rundbriefe, Treffen, Seminare, Info-Rundtouren Einzelner oder Gruppen können dieses gewährleisten.

Ziel: Solidarität gegenüber Zwang und Druck von außen

Wege: Reaktion aller (oder mindestens vieler) auf Bedrohungen Einzelner. Diese Unterstützung kann direkt erfolgen (vor Ort) oder indirekt, d.h. durch Aktionen am eigenen Projektort, aber mit Bezeichnung des dahinterstehenden, symbolischen Bezugs (z.B. bundesweit Besetzung von Behörden bei Räumung von Einzelprojekten).

Ziel: Gemeinsame Strukturen, wo sie die Möglichkeiten und Freiräume der Einzelprojekte stärken

Wege: Aufbau politischer, öffentlichkeitswirksamer, ökonomischer und sonstiger, gemeinsam getragener Strukturen. Diese müssen immer die Eigenständigkeit und Handlungsfähigkeit der Einzelprojekte fördern und müssen von diesen gleichberechtigt kontrolliert werden. Wo Kooperationen bestehen, die den Einzelprojekten helfen sollen (z.B. gemeinsame Finanzierungsfonds, Rechtsträger), müssen in jedem Fall vertraglich alle Entscheidungsrechte auf das konkrete Projekt übertragen werden.

Zwischen direkter Aktion ...

Wer läßt sich finden?
Tel. 06401/903283

Lage: Nähe Gießen, guter
Bahnschluß.

Besuch nach Absprache!

und Alltag!

Fast leeres Wohnhaus neben der Projektwerkstatt (Ort zahlreicher politischer Projekte; Archive und Bibliotheken; Tagungshaus; umweltgerechter Ausbau)

sucht ...

4-8 Leute, die Bock haben, radikale politische Arbeit mit einem ebenso radikalen Alltag (selbstorganisiert, gleichberechtigt, ökologisch und mehr) zu verbinden.

Nix "Schöner Wohnen", nix "Eso", sondern aktiver Widerstand - aber richtig!



**Leben ohne Chef
und Staat**